Gemeinde Muldestausee

Beschlussantrag Nr.: 336/2018

 öffentlicher Teil

 nichtöffentlicher Teil

Sachbearbeiter:	Cornelia Geidel	Beteiligtes Fachamt:
Federführende Stelle:	Bau- und Ordnungsamt	

Beratungsfolge				
Gremium		Datum	dafür	dagegen
Ortschaftsrat Burgkernitz				
Ortschaftsrat Friedersdorf				
Ortschaftsrat Gossa	Anhörung	29.11.2018		x
Ortschaftsrat Gröbern				
Ortschaftsrat Krina				
Ortschaftsrat Mühlbeck				
Ortschaftsrat Muldenstein				
Ortschaftsrat Plodda				
Ortschaftsrat Pouch				
Ortschaftsrat Rösa				
Ortschaftsrat Schlaitz				
Ortschaftsrat Schmerz				
Ortschaftsrat Schwemsal				
Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur, Jugend und Sport				
Bau- und Vergabeausschuss	Vorberatung	16.01.2019		x
Haupt- und Finanzausschuss				
Jugendgemeinderat				
Gemeinderat	Beschlussfassung	06.02.2019		

Kurztitel:

Beschluss zur Erweiterung des Geltungsbereiches des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Aquapower" OT Gossa der Gemeinde Muldestausee

Beschlusstext:

Der Gemeinderat Muldestausee beschließt zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Aquapower" in der Gemarkung Gossa wie folgt:

1. Der bisherige Geltungsbereich (Gemarkung Gossa Flur 1, Flurstücke 565, 566, 567 und Teilflurstück 340/119) soll um Teilflächen aus den Flurstücken 569 und 119/31 erweitert werden. Das Planverfahren ist weiterhin als Vorhabenbezogener Bebauungsplan gemäß § 12 BauGB zu führen.
2. Mit der Erweiterung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Aquapower" sollen die Voraussetzungen für weitere Bauwerke und Nutzungen geschaffen werden.
3. Hierfür ist ein qualifizierter Entwurf zur Beratung vorzulegen. Ebenso ist für die Erweiterung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes die Umweltprüfung gemäß § 2 BauGB zu überarbeiten.

Erläuterung:

Das Planverfahren zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan zur Erweiterung des Betriebsgeländes des Unternehmens "Aquapower" in Gossa hat derzeit den Stand erreicht, dass die formale Beteiligung der Öffentlichkeit abgeschlossen ist und die Stellungnahmen der Behörden sowie Träger öffentlicher Belange zum Entwurf vorliegen. Damit wäre die Grundlage für die Abwägung und den Satzungsbeschluss gegeben.

Im Rahmen dieser öffentlichen Auslegung hat die Vorhabenträgerin selbst eine Stellungnahme als Einwand zur Planung abgegeben, in welchem sie eine weitere Erweiterung des Geltungsbereiches fordert. Dieser Einwand ist der Beschlussvorlage als Anlage beigefügt.

Nunmehr ist darüber zu befinden, ob die Gemeinde diesem Einwand folgt und der Erweiterung des Geltungsbereiches des Betriebsgeländes zustimmt, ohne das eine Zwischenabwägung der bisher eingegangenen Stellungnahmen durchgeführt werden soll.

Finanzielle Auswirkungen: keine

a) einmalig: --

b) als Folgekosten (nach Jahresscheiben): --

c) Haushaltsstelle, Sachkonto, Produkt: --

Anlagen:

- bisher vorliegende Stellungnahmen der TöB und Bürger
- Einwand und Übersichtsplan der Vorhabenträgerin

Datum und Unterschrift Bürgermeister Ferid Giebler